

presse

SPD fordert stärkere wirtschaftspolitische Steuerung in der Europäischen Union

Zur Diskussion über die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie zur Einführung eines Krisenmechanismus in der Europäischen Union beziehungsweise im Euro-Raum erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Manfred Nink:

Die Bundesregierung muss Klarheit über ihre Position zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, zur makroökonomischen Überwachung sowie zur Vertiefung und Ausweitung der wirtschaftspolitischen Koordinierung schaffen. Sie soll zeigen, wie ernst sie es mit dem Ziel einer nachhaltigen Krisenprävention für die EU meint. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Eine europäische Wirtschaftsregierung ist infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise aus sozialdemokratischer Sicht erstrebenswert, um eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss zu schaffen, die für alle Mitgliedstaaten beziehungsweise Euro-Staaten verbindlich ist.

Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat die bestehenden Mechanismen der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Europäischen Union (EU) auf eine harte Probe gestellt und die Stabilität des Euroraums gefährdet. Die SPD-Fraktion fordert deshalb eine verstärkte wirtschaftspolitische Steuerung in der EU.

Die Krise hat außerdem gezeigt, wie abhängig die EU-Mitgliedstaaten und ihre Volkswirtschaften im Euro-Raum voneinander sind. In den kommenden Jahren müssen die öffentlichen Finanzen konsolidiert und gleichzeitig muss ein nachhaltiges Wachstum erreicht werden. Eine tiefergehende Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken auf europäischer Ebene ist in Zukunft vor allem im Hinblick auf ein präventives Krisenmanagement unerlässlich. Zudem sind zusätzliche Korrekturmechanismen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes notwendig.